

KINDESMISSBRAUCH

„Extreme Vorverlagerung“

Führende Strafrechtler stehen einer Ausweitung der Strafvorschriften zur Kontaktabahnung zwischen Pädophilen und Kindern im Internet skeptisch gegenüber. Neben anderen hatte die bayerische Justizministerin Beate Merk (CSU) Nachbesserungen gefordert. „Von bestehenden Schutzlücken kann aber keine Rede sein“, sagt der Hallenser Strafrechtsprofessor Joachim Renzikowski. Das „Cyber-Grooming“, also die sexuell motivierte Kontaktabahnung zu Kindern über Internetdienste, sei bereits jetzt strafrechtlich erfasst; dabei drohten Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren. Auch Thomas Fischer, Richter am Bundesgerichtshof, hält „aus rechtlichen und praktischen Gründen“ wenig von Verschärfungen. Zurückhaltung sei schon deshalb geboten, sagt der Konstanzer Strafrechtler Jörg Eisele, weil es um bloße Vorbereitungshandlungen gehe; schon im geltenden Recht gebe es eine solche „extreme Vorverlagerung des Strafrechtsschutzes“ wie sonst nicht einmal bei Mord. Bereits jetzt sei „rational kaum nachvollziehbar“, sagt Fischer, dass die versuchte Verabredung im Internet mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werde, die „tatsächliche Verabredung unter Anwesenden“ in der wirklichen Welt aber straflos sei. Auch Renzikowski meint: „Das Hauptproblem sind nicht die Internetkontakte, sondern die Reitlehrer und die Ver-



LANGBEHN / ACTION PRESS



Nonnenmacher

AFFÄREN

Verdeckte Besuche

Das Sicherheitsunternehmen Prevent fungierte offenbar als Privatgeheimdienst für den Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank, Dirk Jens Nonnenmacher. Die Prevent AG hat 2009 Dienstleistungen für mehr als sieben Millionen Euro bei der HSH Nordbank und deren Tochterunternehmen abgerechnet. In einem Dokument, das das Unternehmen Anfang dieses Jahres an die HSH Facility Management Holding geschickt hat, geht es um das „Projekt Silence“. Unter diesem Decknamen firmierten Sicherheitsmaßnahmen, die Nonnenmacher direkt betrafen. Dazu zählten „verdeckte Besuche von öffentlichen Veranstaltungen und geladenen Gesellschaften zum Thema HSH“. Auch „ein Monitoring aller relevanten Diskussionsforen“ schien den Detektiven zum Schutze ihres Klienten erforderlich zu sein – plus „eingehenderer Recherche und Dokumentation, ggfs. auch Identifizierung der besonders auffälligen Blogger, Poster etc“. Ein HSH-Sprecher rechtfertigt die Überwachungsaufträge damit, dass „mit Beginn des Jahres 2009 die Bank und ihre Mitarbeiter zunehmend massiv bedroht“ worden seien. Deshalb habe sich „die Bank entschieden, ein Projekt zum Personen- und Objektschutz aufzusetzen“, in dessen Rahmen „kontinuierliche Analysen der Sicherheits- und Gefährdungslage für die Bank sowie deren Vertreter vorgenommen“ wurden. Punkt 14 der Tätigkeitsfelder des Projekts Silence klingt, als sei er aus einem Jahresplan der Stasi abgeschrieben: „Ausweitung, Pflege und Führung des Quellennetzwerkes“. Welche Spitzel in diesem Netzwerk bereits im Einsatz waren und wer hinzugewonnen werden sollte, wird nicht ausgeführt. Prevent ließ mitteilen, das Unternehmen könne Fragen zu Silence nicht beantworten, weil es seinen Mandanten „immer Vertrauensschutz“ gewähre und gegenüber Vertragspartnern „zur Verschwiegenheit verpflichtet“ sei.

GESUNDHEIT

Krankenkassen fordern Eigenverantwortung

Betriebskrankenkassen (BKK) wollen Pleitekandidaten aus dem eigenen Lager nicht mehr länger mitschleppen. Es gebe Versicherungen, die auf Zusatzbeiträge verzichteten, obwohl sie verschuldet seien und „dann unter dem Begriff der Solidarität Hilfe“ forderten, heißt es in einem

Schreiben, das die BKK-Initiative „Fairer Wettbewerb“ jüngst verschickt hat. 14 Krankenkassen haben sich zu dieser Initiative zusammengeschlossen, darunter etwa die Bertelsmann BKK und die BKK Dr. Oetker. Jede Kasse sei „für die Finanzsituation selbst verantwortlich“ und habe diese „aus eigenen Kräften zu sanieren“, heißt es im Schreiben. „Die Politik muss die Kassen gesetzlich dazu verpflichten, jährlich ihre Bilanzen zu veröffentlichen“, fordert Wolfgang Diembeck, Chef der Bertelsmann BKK.

wandten.“ Die Debatte um eine Ausweitung der Strafvorschriften wurde ausgelöst durch die Fernsehreihe „Tatort Internet“ auf RTL II mit Stephanie zu Guttenberg, der Frau des Bundesverteidigungsministers, Karl-Theodor zu Guttenberg. „Die Diskussion geht am eigentlichen Problem vorbei“, sagt Eisele. „Da hat man eine Sendung gemacht, ohne vernünftigt juristisch zu recherchieren.“